



Aargauische Industrie- und  
Handelskammer

Entfelderstrasse 11, Postfach  
CH-5001 Aarau

## Medienmitteilung

Ort, Datum  
Aarau, 13. Dezember 2013

Ansprechperson  
Peter Lüscher

Telefon direkt  
062 837 18 01

E-Mail  
peter.luescher@aihk.ch

F:\23\_MEDIENMITTEILUNGEN\2013\Medienmitteilung\_Erbschaftsteuer.docx

### Die Erbschaftssteuerinitiative gefährdet Familienunternehmen

**Der Bundesrat lehnt erfreulicherweise die Volksinitiative für eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer ohne Gegenvorschlag ab. Die Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK begrüsst diesen Entscheid.**

Die Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» würde die ohnehin schwierige Nachfolgeregelung von Familienunternehmen zusätzlich behindern. Ein Drittel der Schweizer KMU wird heute familienintern weitergegeben. Die hohe Steuerlast würde familieninterne Nachfolgen massiv erschweren. Wie Umfragen zeigen, wären dadurch gesamtschweizerisch Tausende von KMU in ihrer Existenz gefährdet. Alleine im Kanton Aargau wären Hunderte von Familienunternehmen betroffen. Wo Mittel vorhanden sind, müssten sie an den Staat abgeführt werden, statt dass sie für wichtige zukunftsgerichtete Investitionen und den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden könnten. Damit würden Arbeitsplätze in grosser Zahl aufs Spiel gesetzt. Die durch die Initiative entstandene Rechtsunsicherheit belastet Unternehmensnachfolgen schon jetzt.

#### Keine Lösung für AHV-Probleme

Die Verknüpfung der Erbschaftssteuer mit der AHV-Finanzierung ist verfassungsrechtlich problematisch. Hinsichtlich der AHV ist der Vorschlag aber auch eine Scheinlösung. Die Initiative gaukelt vor, die wichtigste staatliche Sozialversicherung der Schweiz sanieren zu können. Dabei löst der Vorschlag weder die finanziellen noch die strukturellen Probleme der Altersvorsorge. Das Gegenteil trifft zu: Die Initiative verhindert oder verzögert rasche Lösungen zur Abfederung des demografischen Wandels und gefährdet dadurch die unverzichtbare Altersreform.

Insgesamt ist die Initiative eine Mogelpackung und ein gefährliches Experiment für Familienunternehmen, AHV und Kantone. Die AIHK wird die Initiative deshalb bekämpfen.

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer zählt mehr als 1'600 Mitgliedunternehmen. In diesen Unternehmen – grossmehrheitlich KMU – arbeiten rund 40 Prozent der in unserem Kanton Erwerbstätigen. Die AIHK vertritt damit die Interessen eines wesentlichen Teils unserer Wirtschaft. Wir setzen uns für optimale Rahmenbedingungen ein, die ein erfolgreiches Wirtschaften im Kanton Aargau ermöglichen. Davon können letztlich alle Einwohnerinnen und Einwohner profitieren. Daneben bieten wir unseren Mitgliedunternehmen ein gut ausgebautes Angebot von Dienstleistungen, seien das Rechtsberatung, kostengünstiger Vollzug von Sozialversicherungen oder Exportdienstleistungen.